

Gestaute Inflation?



Von PROF. EBERHARD HAMER | Im Mittelstandsinstitut Niedersachsen häufen sich die Anfragen von selbständigen Unternehmern und angestellten Mittelständlern, was sie mit ihren angesparten Barmitteln machen sollten. Offenbar ist während des Corona-Lockdowns die Liquidität in vielen Haushalten so gestiegen, dass Anlagedruck entstanden ist.

Darauf deuten auch die Höchststände der Börsen hin – die „Corona-Geldflutung“ muss ja irgendwo hin und geht zunächst in die Börsen, aber auch in die Anleihen, die zwar keine Rendite erzielen, aber immer noch traditionelle Anlagemöglichkeit sind.

Und der Goldpreis zeigt ebenfalls, dass die Menschen bereit sind, in Sicherheit (Gold) statt in Rendite zu investieren.

Am meisten Druck besteht offenbar im Immobilienmarkt, der bereits eine Immobilienblase darstellt, aber vielen Menschen als Fluchtmöglichkeit vor der gefürchteten Inflation und Währungsreform gilt. Dass nach einer Währungsreform auch die Realwerte der Immobilien mit einem Lastenausgleich belegt werden würden, glauben die meisten trotz früherer Erfahrungen noch nicht.

Der Liquiditätsdruck der Privathaushalte ist natürliche Folge des Lockdowns unserer Geschäfte, Gaststätten, Vergnügungseinrichtungen. Die Leute konnten im letzten halben Jahr nichts ausgeben, also sammelten sich ungenutzte Einnahmen an. Das bedeutet aber, dass nach einer Aufhebung des Lockdowns

aufgestaute Nachfrage auf den Markt kommt mit Übernachfrage und Verknappungen des Angebots, was zu Preiserhöhungen führen wird, und wir somit einen vorübergehenden „Nach-Corona-Boom“ erleben werden, bis die aufgestauten Barmittel der Privathaushalte ausgegeben sind.

Die Rohstoffproduzenten haben im Vorgriff auf diese erwartete Preissteigerung bereits zum Sommer 20 bis 30%ige Rohstoffpreiserhöhungen angekündigt (Metall, Holz), und die Tourismusindustrie beginnt ebenfalls, mit Aufschlägen die Verluste aus der Corona-Durststrecke auszugleichen.

In den USA hat Biden das schon von Trump initiierte 1,9 Billionen Konsumpaket auf den Weg gebracht, soll ein neuer Aufschwung durch Geldflutung erreicht werden.

Gleiches versucht die EU mit 750 Milliarden Geschenken und Darlehen an die Pleitestaaten als „Corona-Hilfe“ und zugleich „Green Deal“ zu erreichen.

Es werden also Billionensummen neu geschaffenen Geldes in den Markt gepumpt, um die Rezessionsfolgen der Corona-Zeit aufzufangen und einen neuen künstlichen Boom zu erzeugen.

Geldmengenvermehrung bei Güterstagnation bedeutet jedoch in der Regel Nachfrageüberhang, Preiserhöhung, also Inflation. Als Inflationsziel haben sich nun die FED und die EZB höchstens zwei Prozent gesetzt, weil die überschuldeten Länder wie USA, Griechenland, Italien, Spanien, Frankreich bei höherer Verzinsung ihrer Anleihen zahlungsunfähig würden – Staatsbankrott machen müssten. Um dies zu verhindern, wird die Inflation vor allem von Staatsanleihen gestoppt, herrscht Nullzins-Politik, wird der Inflationsdruck der Geldvermehrung durch staatliche und zentralbankliche Interventionen laufend gestoppt.

Dieses Verhalten ist eigentlich nur für sozialistische Zentralverwaltungen typisch, die Geld übermäßig schaffen und ausgeben, es aber dann stilllegen müssen, um das Preisniveau

nicht entsprechend steigen zu lassen, um Inflation zu hindern. Unter Hitler hieß dies: Gestaute Inflation. Dies geht solange gut, wie die Zentralmacht das zusätzliche Geld noch dirigieren und neutralisieren kann. In sozialistischen Verwaltungswirtschaften geschieht dies durch Preisstopp auf den Märkten, in unserem finanzsozialistischen System geschieht dies durch Staatsschuldenfinanzierung und Umverteilung.

Solange also die Zentralbanken das neu geschaffene Geld in neue Staatsschulden packen und die Staaten dieses Geld in Sozialleistungen umwandeln können, wird es nicht marktwirksam, kann es nicht zur eigentlich zwangsläufigen Inflation führen. Nur so ist erklärlich, weshalb trotz Geldflutung der vergangenen Jahre die Zentralbanken einen Nullzins erfolgreich verordnen konnten.

Mit immer mehr Geld steigt aber trotz Preisstopp oder Nullzinsvorgabe der Überliquiditätsdruck im Finanzsystem.

Dieser kann sich – wenn er langsam steigt – in einer von den Zentralbanken gewünschten langsamen Zinssteigerung auswirken, solange die Liquiditätswelle des Neugeldes nicht zu stark ist. Sie ist aber durch die Corona-Hilfen längst zu stark geworden; folgt also der andere Weg, dass Staat und Zentralbanken so lange Gegendruck gegen die Liquiditätswelle ausüben, bis die Liquiditätsflut das Finanzsystem überrollt, sprengt. Dies war 1947 der Fall, 1989 in der DDR und wird voraussichtlich auch bei uns bald der Fall sein.

Die inzwischen auch durch die Corona-Hilfen und Corona-Lockdown doppelt gesteigerte Liquiditätsblase wird also bis zum Herbst längstens künstlich gehalten werden können, bricht nach dem Lockdown erst mit Preiserhöhung, beginnender Inflation und kurzfristiger Scheinblüte auf, bis die weltweite Kunstgeldschwemme zur galoppierenden Inflation zu führen droht. Eine galoppierende Inflation wäre aber nicht nur eine Enteignung von Sparkapital und Guthaben, sondern auch Massenstaatskonkurse der überschuldeten Länder. Um dies zu

verhindern, wird jetzt schon eine Währungsreform von den Zentralbanken vorbereitet, die voraussichtlich zu einer Digitalwährung führen soll. Eine solche hätte den Vorteil, dass die Zentralbank durch Streichen von Nullen die Währungsreformen beliebig durchführen kann, dass die Menschen kein Geld mehr ohne Zustimmung des Bankensystems ausgeben könnten und dass sie der finanziellen Totalkontrolle des Zentralbankensystems unterworfen würden. Die finanzielle Freiheit wäre dann dahin, aber ein neues Zentralfinanzherrschaftssystem errichtet.

Wir sollten jedenfalls nicht glauben, dass die hemmungslose Geldvermehrung unserer Finanzpolitiker und der Zentralbanken („Euro-Hilfen“, „Green Deal“) ohne Folgen bliebe. Wir merken die Folgen nur kurzfristig noch nicht, weil die eigentlich notwendige Inflationsfolge vorerst künstlich gestoppt wird. Eine gestaute Inflation bricht aber irgendwann auf.

Gestaute Inflation ist also kein Dauerzustand, sondern bloß ein vorübergehender Kunstgriff, der nicht durchgehalten werden kann, sondern sich irgendwann in der natürlichen Inflation oder gleich Währungsreform auflöst.

Ein Nach-Corona-Zwischenboom dürfte jedenfalls unserer Regierung für die Wahl willkommen sein. Auch Scheinblüte und gestaute Inflation scheinen einfachen Wählern als (Schein-)Wohlstand, für den sie sich bei der Regierung bedanken.



Prof. Eberhard Hamer.

PI
-
NE
WS
-
Au
to
r

Pr
of
.
Dr
.
Eb
er
ha
rd
Ha
me
r
(*
15
.
Au
gu
st
19
32
in
Me
tt
ma
nn
)
is
t
ei
n
de
ut
sc
he
r
Ök
on

om
.
Se
in
Sc
hw
er
pu
nk
t
is
t
di
e
Mi
tt
el
st
an
ds
ök
on
om
ie
.
In
de
n
19
70
er
Ja
hr
en
gr
ün
de

te
er
da
s
pr
iv
at
ge
fü
hr
te
Mi
tt
el
st
an
ds
in
st
it
ut
Ni
ed
er
sa
ch
se
n
in
Ha
nn
ov
er
un
d
ve
rö

ff
en
tl
ic
ht
e
üb
er
20
Bü
ch
er
zu
m
Th
em
a
Mi
tt
el
st
an
d.
Ha
me
r
er
hi
el
t
19
86
da
s
Ve
rd
ie

ns
tk
re
uz
am
Ba
nd
e
de
s
Ve
rd
ie
ns
to
rd
en
s
de
r
Bu
nd
es
re
pu
bl
ik
De
ut
sc
hl
an
d.
Se
in
e
Ko

lu
mn
e
er
sc
he
in
t
ei
nm
al
wö
ch
en
tl
ic
h
au
f
PI
-
NE
WS
.